

Im JDZB findet am 19. Juni 2019 das Symposium „Arbeitsmarktpolitik und Politische Partizipation in Frankreich, Deutschland und Japan“ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ, Tōkyō) und der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS, Paris) statt. Nachfolgend ein Interview zum Thema mit dem Inhaber des Lehrstuhls für Ostasienwirtschaft/Japan und Korea der Universität Duisburg-Essen und JDZB-Vizepräsidenten, Prof. Dr. Werner PASCHA.

*Die zunehmende Ungleichheit der Einkommen und auf dem Arbeitsmarkt und deren Konsequenzen waren Themen der deutsch-japanisch-französischen Workshops in Paris 2017 und in Tōkyō 2018. Wie sehen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt konkret aus? Welche Erkenntnisse nehmen Sie aus den beiden ersten Workshops im Drei-Länder-Vergleich mit?*

Die Workshopserie war ein spannendes Experiment, weil Beiträge aus recht unterschiedlichen nationalen Diskursen aufeinandertrafen. Im bilateralen Dialog etwa zwischen Japan und Deutschland kreist die Diskussion oft um immer wieder die gleichen Themenbereiche. Durch die Beteiligung einer dritten „Partei“ werden diese manchmal etwas eingefahrenen Argumentationsstränge dann eher aufgebrochen, es bieten sich alternative Blickwinkel an und diese erzeugen im besten Fall neue „Aha-Erlebnisse“. Insoweit können wir jetzt schon sagen, dass eine Ausweitung bilateraler Formate auf eine trilaterale Ebene manchmal einen nicht unwesentlichen Gewinn für die Diskussion und hoffentlich auch für daraus entstehende Erkenntnisse sein kann.

Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen hat tatsächlich in allen drei Ländern deutlich zugenommen. Japan galt bekanntlich einst als Paradebeispiel für eine eher egalitäre Verteilung. Diese Zeiten sind vorbei. Nach verschiedenen Indikatoren ist Japan unter den dreien inzwischen die ungleichste Gesellschaft. Am Arbeitsmarkt stellt sich das zum Teil unterschiedlich dar; überall haben aber die prekären Arbeitsverhältnisse deutlich zugenommen, in Frankreich z. B. in Form sehr kurzzeitiger Arbeitsverhältnisse und der Zunahme von unabhängigen Kontraktoren. Wir haben uns gefragt, ob die globale Finanzkrise 2008/09 bei diesen Prozessen eine Art Zeitenwende markiert, waren letztlich aber eher skeptisch. Bedeutsamer scheinen der technologische Wandel, Globalisierungsprozesse und ein Politikwechsel ab den 1990er Jahren hin zu weniger reglementierten Arbeitsmärkten.

*Lässt sich zur Wechselwirkung zwischen Arbeitsmarktpolitik und politischer Teilhabe sagen, dass Ungleichheiten und Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu politischer Marginalisation und Anti-Mainstream-Ressentiments, ja sogar zu Misstrauen in die Demokratie allgemein führen können?*

Selbstverständlich hat wachsende Ungleichheit politische Konsequenzen, die sich in den drei Ländern jedoch zum Teil erstaunlich unterschiedlich darstellen. Interessanterweise kam ein Beitrag auf Basis einer recht aufwändigen quantitativen Erhebung zu dem Schluss, dass die Probleme nicht zu einer stärkeren Präferenz für Solidarität geführt haben, am ehesten vielleicht, aber auch nur relativ schwach, in Deutschland. Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass von zunehmenden sozialen Spannungen gerade rechte Protestbewegungen profitieren. In Deutschland und Frankreich gibt es auch deutliche Hinweise darauf, in Japan hat sich aber keine nennenswerte populistische Kraft rechts von der regierenden Liberaldemokratischen Partei etablieren können. Man mag dies als erfreulich ansehen. Kehrseite ist allerdings, dass die Wahlbeteiligung historische Tiefstände erreicht hat und sich nach Umfragen viele junge Menschen nicht mehr von der Politik und der Demokratie angesprochen fühlen.

*Wie müsste Arbeitsmarktpolitik aussehen, die die zunehmenden sozialen Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt ausgleichen oder zumindest die Folgen abmildern könnte? Und was würde das im Hinblick auf politische Partizipation bedeuten?*

Was wäre zu tun? Das ist natürlich die Frage, die uns alle letztlich antreibt. Es wäre vermessen zu behaupten, dass wir darauf in Paris und in Tōkyō eine verlässliche Antwort hätten formulieren können. Man kann die Frage auch formulieren als die nach den Möglichkeiten staatlichen Handelns per se. Dazu gab es einigermaßen unterschiedliche Positionen unter den Diskutanten. Manche nahmen eine doch recht pessimistische Position ein. Dabei spielt eine Rolle, inwieweit man Handlungsmöglichkeiten im engeren Bereich der Arbeitsmarktpolitik



© Universität Duisburg-Essen

betrachtet, oder ob man diese Fragen eingebettet in die größeren Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum und Einkommensentwicklung, Entwicklungslinien des Produktivitätsfortschritts oder sogar als ganzheitliches Problem des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sieht. Je weiter man da meint, den Kreis ziehen zu müssen, desto größer wird die Skepsis dahingehend, was sich zielorientiert verbessern lässt.

Eine interessante Diskussion entspann sich daran, dass in einem Beitrag auf Basis einer originären Datensammlung gezeigt werden konnte, dass die Schritte in Richtung „Deregulierung“ in den drei Ländern keineswegs eine Einbahnstraße darstellen. Für Japan gibt es zum Beispiel Hinweise, dass die dominante, aber auch nicht alleinige Richtung im produktiven System immer noch eine Liberalisierung ist, beim Thema soziale Sicherheit dagegen eher eine Deliberalisierung. Ein Beitrag fragte auch ganz direkt, ob die Zeit einer vorherrschenden Liberalisierung in Deutschland und Japan nicht eigentlich schon vorbei sei. Politische Partizipation über den Wahlmechanismus und Proteste können einen Einfluss haben – natürlich wurde engagiert über die Gelbwestenbewegung gesprochen –, das muss aber nicht zwingend so sein, schon gar nicht, was die Richtung angeht.

Solche Fragen können sicherlich nicht abschließend beantwortet werden. So ist es jedenfalls gut und sinnvoll, dass wir am 19. Juni die Gelegenheit haben, in Berlin im JDZB diese Themen weiter zu besprechen und noch pointierter Lehren aus den ersten beiden Workshops zu ziehen. Wir wollen uns nun darauf konzentrieren, zentrale Aspekte aus der eher akademischen Debatte, wie wir sie in Paris und Tōkyō geführt haben, mit einem weiteren Kreis von Kommentatoren und Diskutanten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu diskutieren. Dafür ist das JDZB der ideale Ort, und alle Beteiligten freuen sich darauf.